Saar-Bote

Organ der Zentrums-Partei für den Saargau

Erscheint 6 mal wöchentlich. Geschäftsstelle: Saarlouis, Kl. Markt 1
Telegramm-Adresse: Saar-Bote
Fernsprecher 10 und 82. Postscheck 29

18 DISPAT ATQUE FOVET 72

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Monatlicher Bezugspreis: Durch Agenten und Post RM. 1.60.
Zeilenpreis: Die 6spaltige 40 mm-Zeile 25 Rpf., Deutschland 10 Rpf. Amtliche Anzeigen 30 Rpf.

Nr. 235 — Saarlouis, Donnerstag, den 10. Oktober 1929. — 58. Jahrgang

Die Verhandlungen über die Internationale Bank.

Baden-Baden, 9. Okt. Die heutigen Vormittagsverhandlungen des Organisationskomitees der Bank für den Internationalen Zahlungsausgleich brachten in Fortsetzung einer ersten Lesung bei verschiedenen wichtigeren Statutenartikeln für diese Bank die Erklärung der Frage des Gold-Clearinghaus bei der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich. Dieser Zusatz hat nach dem Young-Plan dazu zu dienen, den Goldverkehr zwischen den einzelnen Ländern zu erleichtern und die einzelnen Zentralnotenbanken zu unterstützen. Eine endgültige Festlegung des Statuts ist in dieser Frage, über die man am Mittwoch, noch nicht vorgenommen werden. Gleichzeitig erfolgte eine Festlegung des Statuts bei der zum erstenmal Vertreter des Verwaltungsrates der Bank für den internationalen Zahlungsausgleich zu den einzelnen Zentralnotenbanken. Man war der Ansicht, daß es ratsam sei, darüber, daß das Einsparungsrecht der einzelnen Zentralnotenbanken bei der Beteiligung der internationalen Zahlungsbank gewahrt bleiben müsse, d. h. also, daß die Mitglieder der einzelnen Notenbanken nicht durch Maßnahmen der internationalen Zahlungsbank benachteiligt werden dürfen.

Frankreich zur Seeabrüstung.

Paris, 9. Okt. Die Presse erklärt allgemein, daß die französische Regierung die Einladung zur Teilnahme an der für Januar 1930 vorgeschlagenen Seeabrüstungskonferenz in London annehmen werde. Im heutigen Ministerrat wird über die andern überreichten englische Note gesprochen werden. Die französische Antwort dürfte in einer zehn Tagen Stattfindenden Haager Konferenz übereinstimmen.

Der Petit Parisien schreibt zur Einladung heute, binnen erfolgte England-Amerikaner, daß die Seeabrüstungskonferenz nur eine Art Vorlauf für die in Genf erfolgenden Abrüstungsarbeiten sein werde. Unter diesen Umständen sei es sehr wahrscheinlich, daß nach einer genauen Prüfung der englischen Einladung die französische Regierung wirklich wie der Herausfindung einiger Zusatzgarantien endgültig die Beteiligung an der Londoner Seeabrüstungskonferenz annehmen werde.

Der Matin sagt, man erlenne nicht recht, welchen Sinn die Verspätung auf die notwendige und neue Wirkung des Kriegsächtungspaktes auf die Seeabrüstung haben solle. Das Staatssekretariat hebt hervor, daß keine Sorge um die Landesverteidigung mit dem Kellogspakt nicht das geringste zu tun haben. Man könne hierüber des längeren sprechen, es sei aber klar, daß die von den englischen Mächten in die Wege eingeleitete Aktion für eine wirkliche Abrüstungsangelegenheit.

Der Temps legt, Sache des Völkerbundes sei es, in der Abrüstungsfrage zu Schlußfolgerungen zu gelangen. Dank dem Völkerbunde werde Frankreich an seinem Standpunkt der wirksamsten und freiwilligen Abrüstungsfrage der verschiedenen Kapitel des Abrüstungsprogrammes festhalten.

Saarländische Streiflichter.

E. H. Saarlouis, 9 Oktober 1929.

Mit nicht geringer Verspätung erschient heuten Nummer 3 (Juli 29) des unseren Lesern bereits bekannten „Journal des Saarlouis et de la Sarre". Während das Erscheinen der ersten Nummer an Gesetze hatte, daß — auf unsere Initiative hin — die Saarländer Stadtverordnetenversammlung eine Druckkostenzuschuß bewilligte, wer die fortsetzende Nummer ihnen vorenthalten abschalt, aber doch noch in ihrer Tendenz so, daß wir sicher Saar-Zeitg. vom 4. Mai 29) daß französischen Bevölkerungsvorkehre und Lehrerversammlungen zurückzuführen sein. Die vorliegende Nummer scheint wiederum mit den bekannten übergroßen wirtschaftlichen Notiz, in der jetzt gebracht wird daß die Gesamtauflage etwa 600 (!) betrage. Weiter wiederum die Zeitschrift auf der ersten Seite auch jetzt wieder das Saarlouiser Fremdenverkehrsamt. Zum Schluß aufsätzchen, daß die deutsch-französischen Beziehungen von zwei Fragen beherrscht werden: Privatzeitung und Saar. Es wird nicht verschwiegen, daß die Bevölkerung des Saargebiets deutsche Kultur, deutsche Sprache, Sitten und Gebräuche haben, aber — „man müßte blind sein, um nicht zu sehen, daß das Saargebiet vor allzlich sein und gebildeten kann, wenn es der Ort ist, wo Franzosen und Deutschland zusammenarbeiten." Was man hier Collaboration angeht, so betont der Artikelschreiber, daß „nach der materiellen und materiellen Seite hin" das Gebiet tatsächlich „erhaulich gestiegen ist und geleistet". Die individuelle Freiheit sei gesichert; wahrscheinlich sei ein Land, das alles Arbeiten und Leben ging schon kaum, nur im Saarrevier sei das der Fall. Daß das eine offensichtliche Unwahrheit ist, brauchen wir unseren Lesern ausführlich nicht zu bemerken, die die Verhältnisse hüben und drüben gut kennen und auch in einem leben. — In den Artikel wird dann weiter die „Südamerikanerfrage" immer nur so erwähnen: Auswanderung das zugunsten Kriegsrat. — Man wäge doch erst sich einmal ausführlich mit der Tatsache auseinander, daß unsere Bevölkerungen die durch Kriegs Wirkerbrüchen wirklich kaltlägen werden. Es kann niemals behelfen werden. Es kann, daß wir so schnell wie möglich zum Kind gerade werden, gerieten, daß wir uns unentschieden Kriegen wie möglich sich herdlich wissen wollen, und drittens, daß die wirtschaftliche Prosperität des Saargebiets nicht allein und in der Hauptsache von Frankreich abhängig ist.

Wir halten bekanntlich von schwerem Auseinanderetzungen nun den Young-Plan, der im August bei. Ja, Deutschland einzelnder Erwartungen im Haag war. Die Kritik und Zeitschriften ist schon viel darüber geschrieben worden, ob die neue Regelung für uns eine Verbesserung gegenüber dem Dawesplan ist oder nicht. Nach unserer Auffassung haben wir eine Mitte von Mißbrauch erreichen können, wissen aber sehr wohl, daß die Grenze des für Deutschland Tragbaren nach immer überschritten ist. Weiter haben wir die bestimmte Zuversicht, daß in einigen Jahren eine Revision des Dawesplanes sich bei entsprechendem vorhaben wird. Andere Auffassung sind bei uns die radikalen Rechtsparteien und in Frankreich die Anhänger derselben Richtung, wie Marit sagen möchte: „Der Vorschlag der Sachverständigen ist in einer Form zustimmung angenommen Entschließung des Bedauern über die im Haag Herr. des Rheinlands und das Saargebiet getroffenen Abschlüsse zum Ausdruck gebracht und die Regierung erlaßt, sich mit der Ratifizierung der Verabredungen der Genfer in Angriff zu nehmen und bei den Saarverhandlungen behandeln nachkam zu sein."

Was nächstens unsere Rechtsgegenstimmen auch bringend wünschen: Ausführung der Saarfrage, das kommt man sich auf französischer Seite zu hinterstreben. Wohl aber Erledig. dem der Termin der Saarverhandlungen sich bekanntlich hier; diese beginnen die weniger Tagen nun Gesetzes einem Ausnahmen daran, daß sie einen Zustand grundlegend ändern, den wir nicht gewollt, sondern welchen man uns aufgezwungen hat!

Rückgliederungs-Angst.

Der Eprrsch der preußischen Disziplinarkammer, der eine Anzahl von Saarbergbeamten, die sich während ihrer Zurversetzungsstellung für den französischen Saarbergbau im

Die innerpolitische Lage.

Konferenz der preußischen Ober- und Regierungspräsidenten.

Eine Rede des preußischen Innenministers.

Berlin, 9. Okt. Heute treten im preußischen Ministerium des Innern unter dem Vorsitz des preußischen Ministers des Innern, eine Konferenz der Ober- und Regierungspräsidenten zusammen, an der unter den Chefs der Provinz- und Bezirksbehörden Preußens die leitenden Beamten des preußischen Ministeriums und des Innern und Vertreter Fachlicher anderer preußischen Ressorts teilnehmen. Der Minister führte in seiner einleitenden Ansprache aus, daß die politische Lage unser ernst sei, aber durchaus nicht hoffnungslos. Der Staat, die Republik, sei heute so konsolidiert, daß der nationalsozialistischen Bewegung, denen es ist das Ziel, um alles, was dem heutigen Staate ablehnend oder feindlich gegenüberstehe, zu sammeln, um so in der Lage, Gefahrdrohung der Nationalsozialistischen Partei bekämpfen zu gestalten. Es ist heute Pflicht jeweils der Reichs- wie auch der Staatsregierung, gegen diesen Beginnen Stellung zu nehmen, in der Kreise, die sich zu dem Nationalsozialismus zugewendet haben, im letzten Ziel an den politischen Fundamenten des heutigen Staates zu rütteln beabsichtigen. Reichs- und Staatsregierung müssen sich dabei nicht nur mit der Kommunistischen, sondern mehr noch mit der Nationalsozialistischen Partei auseinandersetzen. Es dürfen Ihnen nicht alle Bundesbrüder, auch die verschiedenen Bundes, sich in den Dienst der Ausführung stellen.

Im weiteren Verlauf führte der Minister aus: der preußische Minister des Innern darauf hin, daß der demokratisch-sozialistische Staat die politische Versammlungs-, Rede- und politische Betätigungsfreiheit seiner Staatsbürger gewährleiste. Aber das dürfe nicht zur Selbstzerstörung führen. Es ist eine Frage der Selbsterhaltung des Staates, daß er die nötigen Mittel zu seinen Institutionen und seinen leitenden Männern bereitstellen und verbeisichern lasse. Nur das Fallen des Republikschutzgesetzes habe eine Situation wie die heutige geschaffen, die allerdings, je länger je mehr zu einer wirkliche Gefahr der republikanischen Bevölkerung unerträglich wird. Man heute an Bestimmungen und Verfassen gegenüber dem Staat und den verantwortlichen politischen Staatsmännern geleitet werden. Man hat politischen Meinungsverschied nicht das geringste mehr zu tun. Zu den unhaltbaren Bestimmungen kommen hinzu ein von den radikalen uniformierten Verbänden und den extremen politischen Parteien ausgeübter Versammlungsterror. Dieser Zustand sei auf die Dauer nicht zu ertragen. Der friedliche Staatsbürger müsse unter allen Umständen die Gewißheit haben, daß der republikanische Staat ihn in seinen Rechten unbedingt schützt und dafür auch die ganze Macht des Staates einsetzt.

Der Minister führte weiter aus, daß in ablehnender Zeit die Reichsregierung ein neues Republikschutzgesetz einbringen werde, und daß bis zu dem Zeitpunkt das Inkrafttreten dieses Gesetzes die Polizei mit verstärkter Aufmerksamkeit darüber wachen müsse, daß beim Volksbegehren wie bei den bevorstehenden Kommunalwahlen die Versammlungsfreiheit zu schützen, jedem Terror — gleich nach welcher Seite hin — wirksam entgegenzutreten sei.

In die Ausführungen des Ministers schloß sich eine rege Aussprache. In der als einmütige Auffassung der Regierungs- und Oberpräsidenten zum Ausdruck kam, daß unbedingt der Staat mit allen seinen Machtmitteln den heutigen Treiben der radikalen Elemente entgegentreten müsse.

Kreuger wieder in Berlin.

Berlin 9. Okt. Nach Mitternachtsmeldungen trifft der schwedische Zündholzkönig Kreuger in seinem Zeppelin in Berlin ein, um an Ausleihverhandlungen mit der Reichsregierung fortzusetzen.

Zur französischen Banksanion.

Wien, 9. Okt. Der Vorsitzende der österreichischen Nationalbank wird, nachdem die Bevorzugungen für die Übernahme der Bankstellenbank nunmehr erfüllt sind, am Donnerstag die Durchführung des Sanierungsabkommens beantragen.

Kabul in den Händen Schafwalis.

London, 9. Okt. Reuter meldet aus Simla: Kabul Khan behauptet, daß sein Bruder Schafwali am 6. Oktober in Kabul eingezogen sei.